

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher neue Zeitung. 1947-1949 1948

82 (14.7.1948)

Süddeutsche Allgemeine

KARLSRUHER NEUE ZEITUNG

Brachungstage: Montag, Mittwoch, Freitag und Sonntag. Monatlicher Bezugspreis D-Mark 2,20 (einschließlich 20 D-Pfennige Trögergebühr), bei Zustellung durch die Post DM 2,80 zuzüglich Zustellgebühr.

Anzeigenpreis: Die 35 mm bei Nonp-Zeile Karlsruher Ausgabe DM 1,50; Pforzheimer Ausgabe und Württembergisches Abendblatt je DM 1,00; Gesamtanpreis DM 2,00. Ähnliche Anzeigen 50 Prozent Nachsch.

3. Jahrgang / Nummer 82

Mittwoch, den 14. Juli 1948

Einzelpreis 20 Pfennig

Trumans Nominierung sicher?

Bad Nauheim, 13. Juli (DENA). Der Nationalkonvent der demokratischen Partei der USA wurde, wie der amerikanische Rundfunk meldete, am Montag in Philadelphia offiziell eröffnet. In einem von Redaktionsmitarbeitern des Nationalkonvents gebilligten provisorischen politischen Parteiprogramm wird laut AFP unter anderem eine baldige völlige Anerkennung des neugebildeten Staates Israel empfohlen.

Wie UP meldet, bestand schon am ersten Tag des Parteikonvents kaum ein Zweifel darüber, daß Präsident Truman im ersten Wahlgang am Mittwoch die Mehrheit der 124 Delegierten hinter sich haben wird. Stärkere Kämpfe sind indes bei der Nominierung des Vizepräsidenten kandidaten zu erwarten.

Sowjetprotest zurückgewiesen

Berlin, 13. Juli (DENA). Der stellvertretende amerikanische Militärgouverneur für Deutschland, General George F. Hays, wies am Dienstag in einem Antwortschreiben an den Stabschef der SMV, Generalbesitzer G. Lukjantschenko, dessen Erklärung vom 10. Juli zurück, wonach sich amerikanische Flugzeuge ohne Genehmigung und sogar ohne vorherige Benachrichtigung der SMV im Luftkorridor zwischen Berlin und den westlichen Zonen aufhalten.

In dem von der amerikanischen Militärregierung für Deutschland veröffentlichten Schreiben führt Hays aus, die Rechte der amerikanischen Besatzungsbehörden hinsichtlich der Benutzung des Luftkorridors seien im Rahmen verschiedener Abkommen, unter anderem in dem Übereinkommen vom 23. Oktober 1946, festgelegt und darüber hinaus vor der Besetzung Berlins durch amerikanische Truppen geklärt worden. Abschließend wird in dem Brief darauf hingewiesen, daß jeder einzelne von sowjetischer Seite vorgelegte Protest untersucht werden sei. In keinem der Fälle seien Verstöße gegen die Sicherheitsbestimmungen des Luftkorridors festgestellt worden. Jedoch werde eine genaue Untersuchung aller von sowjetischer Seite angeführten Beispiele für Verstöße gegen die Luftsicherheit durchgeführt.

Sechsmächtekonferenz vorgeschlagen

London, 13. Juli (UP). Frankreich hat einer Mitteilung des Foreign Office zufolge vorgeschlagen, daß die Teilnehmerstaaten der Londoner Sechsmächtekonferenz über Westdeutschland am 25. Juli in Paris zu einer neuen Tagung zusammenkommen sollten, um Einzelheiten des Abkommens über die Bildung einer internationalen Ruhrbehörde auszuarbeiten. Frankreich hat diesen Vorschlag den USA, Großbritannien und den Benelux-Staaten unterbreitet.

Schweigen um Sokolowski

Berlin, 13. Juli (UP). Ständige Nachrichten bezüglich des gegenwärtigen Aufenthaltsortes von Marschall Sokolowski blieben sowjetischerseits unbekannt. Es war keine Bestätigung für die Berichte zu erlangen, wonach der sowjetische Militärgouverneur sich gegenwärtig nicht in Berlin aufhalten würde.

Well-Rundschau

LAKE SUCCESS (Ips). Schwere Angriffe der russischen Delegationen in Sicherheitsrat gegen amerikanische Kolonialpolitik Großbritannien und Belgien. — SANTA MONICA, Kalifornien. Der älteste Sohn von Thomas Mann, der Schriftsteller Klaus Mann, mit angeschwemmten Pöbeln in das Krankenhaus von Santa Monica eingeliefert. — PANAMA (Ips). Nationalversammlung beschließt Abstammung des Präsidenten H. Enrique Adolfo Jiménez. Nachfolger wurde Henrique Obando. — LONDON (Ips). Lord Melbury des Londoner Hauptquartiers der US-Besatzungskräfte Meistert auf dem amerikanischen Handelsminister William Carlos ab. — BRISTOL (Ips). Belgische kommunistische Partei löst Teilweise im Kongress der jugoslawischen Kommunisten ab. — PARIS. Eine Gesundheitsversammlung in Tarbes. H. Bezier von Demokraten gestützt. Ein Schwerverletzter. — Exotischer Widerstandsbau besetzt H. Bezier die Hochschule Triest in den Kreis der HFN-Nalissen. — TARRES (Ips). John Zentimeter Neukäse auf den Gipfel der Pyrenäen. — LISSABON (Ips). Der 11-jährige ehemalige Kolonialminister Fontela, General Norton de Matos, will im Februar 1948 als Gegenkandidat des gegenwärtigen Staatspräsidenten Carnego antreten. — ROM (Ips). Sowjetischer Kontingent mit Außenminister Gast Borna über Abschluß eines Handels-, Freundschafts- und Schlichtungsvertrags. Italienische Delegation fährt zu diesem Zweck Ende Juli nach Moskau. — WIEN (Ips). Gemeinsame britisch-amerikanische Truppeninspektion in Österreich. — PRAG (Ips). Tschechischer Selbstauflösung der jugoslawischen sozialistischen Partei. — BELGRADE (Ips). Massendeutsche Kommunisten wollen Marshall Tito gegen das Komintern unterstützen. — SOFIA (Ips). Bulgarien stimmt an Debatte-Konferenz in Belgien teil. — ATHEN. Griechische Antikommunisten fordern soll Beginn der Offensive der Regierungstruppen 128 Gefallenen und 308 Gefangenen. — SINGAPORE (Ips). Die chinesische Kolonialregierung Malaya in Ruhe von Terroristen angegriffen und teilweise zerstört. Fast 100000 getötet. (Alle nicht getrockneten Nachrichten: DENA).

Berliner appellieren an die Welt

Reisende aus Westdeutschland fliegen unentgeltlich zurück — US-Luftflotte verstärkt

New York, 13. Juli (DENA - OANS). Führende politische Persönlichkeiten aus Berlin haben, wie die amerikanische Gesellschaft für ein demokratisches Deutschland mitteilt, an die demokratischen und freiheitsliebenden Kräfte der ganzen Welt um Unterstützung appelliert.

Der Wille der Berliner Bevölkerung, so heißt es in dem Aufruf, hat dem Kommunismus eine Abfuhr erteilt. Nunmehr sei jedoch ein Stadium erreicht, in dem auch die unbeugsamste Entschlossenheit nicht mehr genügt. Durch die Unterbindung der Gas- und Elektrizitätszufuhr durch die Sowjets und durch deren Versuche, keine Lebensmitteltransporte mehr in die Westsektoren gelangen zu lassen, sei materielle und ideologische Unterstützung notwendig geworden, falls Berlin eine freie Stadt bleiben soll. Der Aufruf wurde unter anderem von dem Berliner Stadtrat Rauter, dem Stadtverordnetenvorsitzenden Otto Sühr und dem früheren Reichsstaatsminister Paul Löbe unterzeichnet.

Nach Mitteilung der Hauptverwaltung Verkehr der deutschen Wirtschaftskommission für die Sowjetzone ist es zur Zeit möglich, auf der Eisenbahnstrecke Berlin-Helmstedt mit Personenzügen von Berlin bis Eisenberg, etwa acht Kilometer vor Magdeburg, zu fahren.

Wie der Generaldirektor der Eisenbahnen in der Sowjetzone, Willi Besener, erklärte, werden die Arbeiten an der wegen „technischer Störungen“ von der Transportabteilung der SMV gesperrten Eisenbahnstrecke Berlin-Helmstedt mit größter Beschleunigung vorangetrieben. Die Strecke sei über Geld für Inanspruch genommen worden, sagte er weiter, dies habe zur Folge gehabt, daß der größte Teil der Schwellen durch Fäulnis und durch Glut, die von Lokomotiven herabfiel, unbrauchbar geworden sei und nun ersetzt werden müßte. Die derzeitigen Schäden seien auf „mangelnde Dienstleistung“ des Oberbauabteiles, des Abteilungsleiters und des Bahnmeisters dieser Strecke zurückzuführen. Deshalb habe er ihre sofortige Entlassung angeordnet.

3-400 Reisende aus Westdeutschland, denen die sowjetische Blockade die Möglichkeit nahm, aus Berlin zurückzukehren, und die sich gegenwärtig im britischen Sektor aufhalten, sollen nach Mitteilung der britischen Militärregierung für Deutschland ab 15. Juli kostenlos mit Flugzeugen der Royal Airforce nach Westdeutschland geflogen werden. Dreimal täglich werden vier Maschinen in Gatow starten, so daß pro Tag 100 Personen befördert werden können.

Zur Verstärkung der Luftversorgung Berlins trafen, wie das Hauptquartier der amerikanischen Luftstreitkräfte für Europa am Dienstag bekanntgab, weitere neun viermotorige Transportmaschinen vom Typ „Skymaster“ aus den USA auf dem Rhein-Main-Flughafen ein. Damit werden neben zweimotorigen Flugzeugen insgesamt 14 „Skymaster“ an der amerikanischen Aktion zur Versorgung Berlins teilnehmen. Laut UP haben am Dienstag britische und amerikanische Flugzeuge 425 Flüge durchgeführt und dabei 2047 Tonnen Fracht nach Berlin gebracht.

Lebensmittel für vier Wochen

Berlin, 13. Juli (UP). In einer Erklärung des Leiters der Ernährungs- und Landwirtschaftsabteilung bei der amerikanischen Militärregierung, L. J. Stock, heißt es, daß die gegenwärtigen Lebensmittelvorräte in Berlin ausreichend seien, um die Bevölkerung der Westsektoren vier Wochen lang zu ernähren.

Eden spricht in Berlin

Berlin, 13. Juli (UP). Der ehemalige britische Außenminister Anthony Eden, der am Dienstag in Begleitung des britischen Militärgouverneurs, General Sir Brian Robertson, in Berlin eintraf, wird am Mittwoch im britischen Presseklub in Berlin eine kurze Ansprache halten.

Billigere Eisenbahnfahrten

Frankfurt, 13. Juli (DENA). Der Direktor der Verwaltung für Verkehr, Prof. Dr. Edmund Frohne, gab in einer Pressekonferenz die Herabsetzung der Personentarife der Eisenbahn um 35 Prozent bekannt. Gleichzeitig verkündete er eine Ermäßigung der Zuschläge für ED- und Schnellzüge. Eine Heraushebung der Gültertarife, die, wie er sagte, ursprünglich gleichzeitig mit der Herabsetzung der Personentarife erfolgen sollte, könne noch nicht vorgenommen werden, weil die Verarbeiten noch nicht abgeschlossen seien. Neben anderen Fahrpreisermäßigungen wird die am 1. April 1946 auf Anordnung des alliierten Kontrollrates durchgeführte 100prozentige Erhöhung der Preise für Monatskarten und Teilmonatskarten auf 50 Prozent ermäßigt. Angestelltenmonatskarten sollen von nun an nicht mehr ausgeben werden.

Erweiterte Rechtsbefugnisse

Berlin, 13. Juli (UP). Ein Teil der Verantwortung für die Auslieferung deutscher Kriegsverbrecher und anderer

Neue Steuerverordnungen

Frankfurt, 13. Juli (DENA). Mit Wirkung vom 9. Juli wurde vom Direktor der Verwaltung für Finanzen, Alfred Hartmann, die Verordnung über die Behandlung von steuerrechtlichen Verbindlichkeiten nach dem Umstellungsgesetz und die „Verordnung zur Durchführung der Steuerüberleitung“ erlassen. Näheres über die Steuerverordnungen ist auf Seite 4 unserer heutigen Ausgabe ersichtlich.

Verbrechen beschuldigt Deutscher aus dem amerikanisch kontrollierten Gebiet in Deutschland an andere Nationen ist nunmehr den deutschen Behörden übertragen worden, heißt die Rechtsabteilung der amerikanischen Militärregierung für Deutschland mit. Danach haben die Ministerpräsidenten der Länder im amerikanisch kontrollierten Gebiet die Befugnis, die vorläufige Festnahme einer beschuldigten Person zwecks Durchführung eines Verfalls anzuordnen, wenn genügend Beweismaterial vorliegt, das eine Auslieferung rechtfertigt. Das gleiche gilt bei Fluchtgefahr. Die Militärregierung des betreffenden deutschen Landes muß jedoch von allen derartigen Festnahmen unmittelbar in Kenntnis gesetzt werden.

Patentannahmestelle ab 1. Oktober

Frankfurt, 14. Juli (DENA). Das Gesetz des Wirtschaftsministers über die Errichtung von Annahmestellen für Patente, Gebrauchsmuster und Warenzeichen-Anmeldungen wurde am Mittwoch nach seiner Genehmigung durch das Zweimächte-Kontrollamt verkündet. Das Gesetz sieht die Errichtung von Annahmestellen vor, bei denen nach Aufnahme der dreijährigen Unterzuchtung wieder Erfindungen, Gebrauchsmuster und Warenzeichen angemeldet werden können. Die Annahmestellen werden die Anmeldungen weder prüfen noch bekanntmachen, keine Patente erteilen und Gebrauchsmuster und Warenzeichen nicht eintragen. All dies bleibt einem später zu schaffenden Patentamt vorbehalten.

Die erste Annahmestelle soll am 1. Oktober in Darmstadt eröffnet werden.

Um die vielen in den letzten drei Jahren angelaufenen Anmeldungen gleichmäßig behandeln zu können, diese Anmeldungen bereits vor dem 1. Oktober der ersten Annahmestelle zuzuleiten. Der Zeitpunkt, von dem ab Anmeldungen übersandt werden können, wird rechtzeitig der Öffentlichkeit bekanntgegeben.

Radio Moskau greift die Westmächte an

Sowjetrußland wünscht die Zurückziehung aller Besatzungstruppen

London, 13. Juli (UP). Radio Moskau hält sein Schweigen über den Westmächte-Protest wegen Berlin aufrecht, aber ein ungenannter Sprecher gab am Dienstag längere Erklärungen zum „Deutschen Problem“. Seine Argumente bilden möglicherweise einen Hinweis auf den mutmaßlichen Inhalt der amtlichen russischen Antwort, falls eine solche überhaupt beabsichtigt ist.

Die Klärung Deutschlands werde das deutsche Volk von den Kosten für die Aufrechterhaltung der Besatzung befreien, meinte der Sprecher weiter. Er gab jedoch zu erkennen, daß der Vorschlag zur Zurückziehung der Besatzungstruppen nicht getrennt von den übrigen Empfehlungen der Warschauer Konferenz — Entmilitarisierung, Viermächtekontrolle der Ruhr und Bildung einer demokratischen, friedliebenden gesamtdeutschen Regierung — behandelt werden könne.

Radio Moskau greift die Westmächte an

Sowjetrußland wünscht die Zurückziehung aller Besatzungstruppen

London, 13. Juli (UP). Radio Moskau hält sein Schweigen über den Westmächte-Protest wegen Berlin aufrecht, aber ein ungenannter Sprecher gab am Dienstag längere Erklärungen zum „Deutschen Problem“. Seine Argumente bilden möglicherweise einen Hinweis auf den mutmaßlichen Inhalt der amtlichen russischen Antwort, falls eine solche überhaupt beabsichtigt ist.

Die Klärung Deutschlands werde das deutsche Volk von den Kosten für die Aufrechterhaltung der Besatzung befreien, meinte der Sprecher weiter. Er gab jedoch zu erkennen, daß der Vorschlag zur Zurückziehung der Besatzungstruppen nicht getrennt von den übrigen Empfehlungen der Warschauer Konferenz — Entmilitarisierung, Viermächtekontrolle der Ruhr und Bildung einer demokratischen, friedliebenden gesamtdeutschen Regierung — behandelt werden könne.

Hohenzollern will zu Württemberg-Baden

Auch die Pfalz wünscht Anschluss — Entscheidung den Pflälzern überlassen

Stuttgart, 13. Juli (SAZ). Ministerpräsident Dr. Reinhold Maier berichtete der Presse kürzlich über den Stand der Frage Württemberg-Baden. Die zukünftige Gliederung des Staates Württemberg-Baden sei sehr offen diskutiert und deutlich geworden, daß die Ministerpräsidenten keinerlei Neigung zu territorialen Änderungen außerhalb des südwestdeutschen Raumes hätten, da alle Länder beabsichtigten, bei einer neuen Gliederung ihre Hauptstädte und sonstigen Throne wahren zu sehen, führte er aus. Lediglich über die zukünftige Gestaltung Württemberg-Badens sei eine Einigung erzielt worden. Staatspräsident von Württemberg-Hohenzollern, Dr. Lorenz Bock, und Innenminister Resmer hätten nicht nur die Erklärung abgegeben, daß sämtliche Parteien ihres Landes einmütig die Wiedervereinigung der getrennten Landesteile verlangten; darüber hinaus erklärten sie, das Staatswesen Nord-Württemberg-Nordbaden solle nicht aufgelöst, sondern mit Württemberg-Hohenzollern vereinigt werden. Die Vereinigung von ganz Württemberg und ganz Baden empföhe sich schon deshalb, weil Hohenzollern sich weder Württemberg allein — noch Baden allein, anschließen wolle, sondern lediglich einem Gesamtstaat Württemberg-Baden. Der südbadische Staatspräsident, Dr. Wohlbeh, habe sich dagegen bei der Ministerpräsidentenkonferenz noch nicht ganz entschieden können. Immerhin hat er der

Entscheidung der elf Ministerpräsidenten, die einen Zusammenschluß von Württemberg-Baden ermöglicht, zugestimmt.

Maßgebende Politiker der Pfalz, so sagte Dr. Maier weiter, hätten in Koblenz einen Zusammenschluß der Pfalz mit dem Gesamtstaat Württemberg-Baden zu einem süddeutschen Staat angedeutet. Einem Zusammenschluß mit Baden allein würden sie ablehnend gegenüber. Dr. Maier unterbreitete wiederum, das zukünftige Schicksal der Pfalz bleibe ausschließlich der Entscheidung der Pflälzern überlassen und stehe auch bei den kommenden Besprechungen in Hohen-Neufahrn nicht zur Diskussion, wo er zuversichtlich hoffe, die letzten Bedenken des südbadischen Staatspräsidenten zerstreuen zu können.

Neue Konferenz der Länderchefs

Wiesbaden, 13. Juli (DENA). Der Chef der hessischen Staatskanzlei, Staatssekretär Professor Dr. Hermann Brill, teilte hier einem Dena-Vertreter mit, daß die Regierungschefs der drei Westzonen am Donnerstagabend auf Jagdschloß Niederwald bei Büdingen zusammengetroffen würden, um dort am Freitagvormittag die Antwort der Militärgouverneure auf die Koblenzer Vorschläge zu beraten. Diese Antwort der Militärgouverneure werde den Ministerpräsidenten am Donnerstag um 13 Uhr in Frankfurt übergeben werden.

Papierbewirtschaftung aufgehoben

Frankfurt, 13. Juli (DENA). Die Herstellung, die Lieferung und der Bezug von Zellstoff, Holzstoff, Papier und Pappe und von Erzeugnissen der papierverarbeitenden Industrie und von Druck-Erzeugnissen, sowie die Erfassung und der Absatz von Altpapier unterliegen nach einer Mitteilung der VFW keiner Beschränkung mehr. Diese Anordnung ist am 1. Juli in Kraft getreten und verliert am 31. Dezember 1948 ihre Gültigkeit.

Die Bestimmungen über die Lieferung und den Bezug von Papier im Verkehr mit Gebieten außerhalb der Bizone bleiben hiervon unberührt. Der Direktor der VFW kann, wie aus der Mitteilung we-

ter hervorgeht, zur Deckung des vorordentlichen Bedarfs, insbesondere für Zeitungs- und Buchdruck und zur Sicherung der Versorgung der Länder, besondere Verfügungen erlassen.

Die britische und amerikanische Militärregierung haben sich, wie DENA hier von ausländischer Seite erfährt, bezüglich der Verteilung von Zeitungspapier ein gewisses Einverständnis vorbehalten, da sie dieses Papier nicht als Ware, sondern als einen politischen Faktor betrachten. Ferner wurde von ausländischer Seite darauf hingewiesen, daß zur Deckung des deutschen Papierbedarfs dringend Importe von ausländischen Holzfasern erforderlich sind.

Bernadotte für energische Maßnahmen

Ägypter stoßen weiter in Palästina vor — Ausnahmezustand über Liddah

Lake Success, 13. Juli (UP). In einem nach seiner Ankunft in New York dem Sicherheitsrat übergebenen ausführlichen Bericht legte Bernadotte seine Überzeugung dar, daß „eine prompte und wirksame Intervention durch den Sicherheitsrat im gegenwärtigen Zeitpunkt sehr wohl ein entscheidender Faktor zur Lösung des Palästina-Problems sein könnte“. Die Frage müsse nun ihre Antwort finden, ob die internationale Gemeinschaft bereit ist, eine Zusage zu machen, die Mittel zur Lösung des Palästina-Problems zu dulden.

Der amerikanische Delegierte, Dr. Philip Jessup, brachte als Ergebnis des Appella Bernadottes vor dem Sicherheitsrat den Antrag ein, Arabern und Juden den Befehl zu geben, innerhalb von drei Tagen ihre Kampfhandlungen in Palästina einzustellen, widrigenfalls sie wirtschaftliche Sanktionen und möglicherweise auch bewaffnete Maßnahmen seitens der UN zu erwarten hätten.

Inzwischen haben sich ägyptische Truppen einem offiziellen Kommuniqué zufolge, Jerusalem vom Westen her auf etwa 40 km genähert. Aus Jerusalem selbst wird von transjordanischer Seite schweres arabisches Artilleriefeuer auf die jüdischen Stellungen berichtet. Die Palästina-Araber unter Fawzi El Kauki haben zum ersten Mal die Initiative ergriffen und eine Offensive gegen die Stadt Hejaz, halbwegs zwischen Nazareth und Tiberias, begonnen.

Jüdische Streitkräfte eroberten am Dienstag Ras El Ain, die Quellen, die Jerusalem mit Wasser versorgen, außerdem verhängten die jüdischen Streitkräfte Liddah ab, am Montag eroberten Städte Liddah und Ramleh den Ausnahmezustand.

Keine deutschen Kriegsgefangenen mehr in Großbritannien

London, 13. Juli (DENA). Die letzten der in Großbritannien stationierten deutschen Kriegsgefangenen kehrten laut AFP am Montag nach Deutschland zurück. 23.000 ehemalige deutsche Kriegsgefangene haben die Erlaubnis erhalten, als freie Arbeiter in Großbritannien zu verbleiben. Der größte Teil von ihnen ist gegenwärtig in der Landwirtschaft tätig.

Lüdemann verstößt gegen die Pressefreiheit

Journalisten verlassen Pressekonferenz des Ministerpräsidenten

Kiel, 13. Juli (DENA). Die hier zu einer Pressekonferenz des schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten Hermann Lüdemann erschienenen Pressevertreter protestierten gegen den nach ihrer Ansicht unbegründeten Ausschluss zweier kommunistischer Journalisten und verließen, da ihr Protest unberücksichtigt blieb, den Sitzungssaal.

Zu Beginn der Pressekonferenz, auf der Ministerpräsident Lüdemann zu den Koblenzer Besprechungen Stellung nehmen wollte, und zu der die Einladung an die Vertreter des kommunistischen „Norddeutschen Echo“ mit der Begründung zurückgezogen war, die Konferenz Ende nicht statt, erklärte Lüdemann, daß es sich um eine Konferenz vor gelebten Teilnehmern handele, und daß die nichtgeladenen, aber trotzdem anwesenden Pressevertreter, den Raum zu verlassen. Der Chefredakteur des „Norddeutschen Echo“, Erich Meyer, wies darauf hin, daß er laut Aussage der britischen Kontrollkommission, genau wie alle anderen Anwesenden, als beglaubigter Vertreter einer lizenzierten Zeitung das Recht habe, dieser an alle

gerichteten Einladung Folge zu leisten und an der Konferenz teilzunehmen.

Nachdem die Vertreter der kommunistischen Zeitung der Aufforderung des Ministerpräsidenten Folge geleistet hatten, erklärte ein Sprecher für alle anwesenden Journalisten dem Ministerpräsidenten, daß beim schleswig-holsteinischen Journalistenverband gegen das „Norddeutsche Echo“ von keiner Seite ein Ehrengerichtsverfahren Anhängigkeit gemacht oder im Gange sei, und daß die Pressevertreter im Interesse der Pressefreiheit und der deutschen Demokratie es unter diesen Umständen für unmöglich erachteten an einer derartigen Konferenz teilzunehmen.

Lüdemann betonte daraufhin, daß die Landesregierung nicht verpflichtet sei, der Presse Informationen zukommen zu lassen. Er hat die Journalisten zu überzeugen, ob in diesem Falle nicht ein anderer, weniger krasser Weg gefunden werden könne und erklärte, es solle ja keine Zeitung „abgewürgt“ werden. Die anwesenden Journalisten verließen daraufhin den Sitzungssaal.

Süddeutsche Allgemeine

Leser-Numer: 05 - W 112. Herausgeber und Chefredakteur: Felix Richter, Verlag "Süddeutsche Allgemeine", Hirschhorn, Baden.

Ein Prüfstein der Freiheit

HAD. Die vergangene Woche brachte dem deutschen Volk einen bedeutsamen Wandel in seinem Verhältnis zu den westlichen Besatzungsmächten. Für einen großen Teil der Bevölkerung kam erkannte, vollzog sich bei den Beratungen über die Londoner Dokumente und durch die Ueberreichung der deutschen Gegenanschläge die Umstellung vom willkürlichen Besatzungsregime zum Miteigentum.

Es war nicht verwunderlich, daß die Kolben der Besatzungsmächte sich in der Hauptsache mit der Schaffung eines westdeutschen Verfassungsentwurfes in Zusammenhang stellten. Sie betrafen ebenso sehr die Wiederbelebung der deutschen Wirtschaft, die über unser Sein oder Nichtsein entscheiden wird, wie die Beziehungen der Besatzungsmächte zueinander selbst.

Während über die deutschen Forderungen nach größerer Handlungsfreiheit schon genug Worte gewechselt wurden, glauben wir, daß einer anderen Frage bisher nicht die gebührende Aufmerksamkeit entgegengebracht wurde, obwohl deren Bedeutung für die Entwicklung unseres Weltbildes zu den Siegermächten von Potsdam unbestritten ist. Es ist die Frage der Sicherung unserer politischen Freiheit und staatlichen Existenz.

Anlaß zu dieser Überlegung gibt uns ein Kommentar von Radio Moskau, in dem die Westmächte beschuldigt werden, durch die Londoner Abmachungen das ordnungsmäßige Funktionieren der gemeinsamen Verwaltung Deutschlands hintertreiben zu haben und absichtlich eine Zurücknahme der Besatzungstruppen von deutschem Boden zu verhindern. Mit einem etwas faden Geschmack im Munde erinnern wir uns eines Gerüchtes, das der Welt schon einmal in Nordkorea serviert wurde. Auch dort beizahlten sich die Sowjets, aller Welt ihren großen Freiheitswillen zu demonstrieren. Aber wir können unmöglich vergessen, daß sie ihre Besatzungstruppen erst zurücknahmen, als sie die Unmöglichkeit erkannt hatten, ihre politische Doktrin gegen den entschlossenen Widerstand der amerikanischen Regierung auch auf Südkorea auszuweiten, und nachdem eine genügend starke „Volksarmee“ das gut vorbereitete Erbe annehmen konnte. Die bald danach in dem „bekehrten“ Gebiet aufgetretenen Unruhen vervollständigten nur das, was sich nicht hemde ließ.

Mit der Übernahme der Regierungsgewalt in Deutschland durch die Besatzungsmächte ging auf diese auch die Verpflichtung über, sorgfältig alle Maßnahmen zu prüfen, die zur Verhinderung einer erneuten Überführung Deutschlands durch politische Gewaltverbrechen von außen her geeignet erscheinen. Es kann seinem Zweifel unterliegen, daß diese Frage von dem ursprünglichen Besatzungszweck gar nicht zu trennen ist. Denn wie anders könnte nach der Ausrottung des deutschen Nationalsozialismus und Militarismus eine endgültige Beseitigung des gefährlichen Unruheherdes im mitteleuropäischen Raum erreicht werden, als durch sorgfältige Pflege und Sicherung des in den vergangenen Jahren angebotenen demokratischen Wachstumsprozesses.

Wir halten es daher für unsere Pflicht, gerade in diesen, durch die unermesslichen Blockademassnahmen Sowjetrußlands in Berlin und die Protestaktionen der Westmächte gekennzeichneten Tagen unser besonderes Augenmerk auf die Sicherung des politischen Nährbodens für das deutsche Volk zu richten. Seine Grundbedürfnisse sind politische Freiheit und die baldige Anwendung der Atlantik-Charta auf unser Volk. In mannigfaltiger Form sind uns die Garantieverprechen der Besatzungsmächte zugetragen. Lassen wir uns also nicht durch die „Verhelfungen untergeordneter Eisenbahnpersonalen“ oder anderer Sündenböcke vom rechten Wege abbringen. Der Prüfstein für die Freiheit Europas ist Berlin.

Akademische Jugend in Not

Die Stimmung der Studenten an den deutschen Hochschulen wird in Übersichtsstudien Berichten als ein Gemisch aus Hoffnung und Verzweiflung beschrieben. Die schmale Gruppe jünger Studierender, die auf das geübte väterliche Einkommen vertrauen darf und mit Ruhe an die Fortsetzung des Studiums denken kann, schwankt an den einzelnen Universitäten zwischen 20 und 40 Prozent, während die übrigen — und das sind also weit mehr als die Hälfte — voll ernster Sorge in die Zukunft schauen. Die Mehrzahl der Studenten ist überzeugt, daß man nicht auf Stipendien vertrauen kann und reißt sich deshalb in die Schlingen vor den Arbeitsämtern ein, um Stipendienbeschäftigung zu finden. Die Studenten haben vielfach die Gelegenheit ergriffen, nachmittags auf den Bauernhöfen der Umgegend zu arbeiten, Unkraut zu jäten und Erben zu pflücken. In den Universitätsstädten selbst hat vielfach ein großes Unbehagen begonnen. In „Baden“, in einem zuvor zwei Studenten hausten, versuchen sich jetzt vier einzurichten. Billige Mansardwohnungen sind sehr gesucht, ebenso auch Kellerschattstellen.

Um die Mitleidlichkeitszuschüsse zuzuschöpfen, wagt man Mittel unversucht. Stark bedrückt wurde ein Vorschlag des Londoner „Evening Standard“, der darauf hinweist, daß England während der Ernsthzeit zusätzlich 37.000 Arbeitskräfte brauche, so daß man den deutschen Studenten die Möglichkeit bieten sollte, während der Sommerferien bei der Ernte in der englischen Ernte mitzuhelfen. Viele Studenten sind bereit, während der Sommerferien als Hilfsarbeiter nach England zu gehen, andere haben bei den Bauern in der Umgegend der Universitätsstädte Arbeitsverpflichtungen aufgenommen.

Insgesamt wird etwas angenommen, daß nur 15 Prozent der Studenten ihr Studium aufgeben werden, während die übrigen durch Ferienarbeit und Stipendienbeschäftigung während der Studienzeit auf jeden Fall versuchen werden, ihr Studium zu beenden. In der Professorenschaft ist man vielfach geneigt, einen gewissen Vorteil der jetzigen Situation durch die natürliche Auslese der wirklich „Studien-Berechtigten“ zu sehen; jedoch ist man auch hier der Auffassung, daß auf jeden Fall Staatshilfe für die Hilfsbedürftigen, vor allem aber für die kriegsbeschädigten Studenten einzusetzen müsse. Sehr beachtet werden die Vorschläge der Hamburger Kaufmannschaft, Patenschaften für das Wintersemester zu übernehmen. In Hannover werden Pläne erwogen, besonders befähigten Studenten Darlehen von 300 D-Mark zu geben, die innerhalb von 15 Jahren zurückgezahlt werden sollen. Die Begründung, daß sich Deutschland einen weiteren Rückgang der Studentenzahl nicht leisten könne, wenn es nicht seine bisherige Stellung gerade auf technischem Gebiet verlieren wollte, hat vor allem in der Industrie Berücksichtigung gefunden. NF.

Studentin am Bau

Der rückwärtige, rasige Teil des Geländes, das zur neuen Mainzer Universität gehört, bildet eine stonige, weitverbreitete Baustelle. An allen Ecken und Enden wird gegraben, betoniert, gemauert, gestützt, geklopft und gebohrt. Hier entstehen neue chemische Laboratorien, dort physikalische Versuchsanstalten, anderwärts werden für andere Zwecke neue Institute gebaut. Es ist ein umfassendes Projekt, an dem mehrere große Firmen mit einigen hundert Arbeitern arbeiten. Auf dieser Baustelle hat wenige Tage nach der Währungsreform die erste Studentin, Friedlein M., ihre Stellung in einem Monteurtrupp angenommen, um durch ihrer Hände Arbeit Lebensunterhalt und Studium zu verdienen.

In dem kleinen Raum eines noch unvollendeten Hauses finde ich sie unter ungefähr dreißig Arbeitern. Sie sitzt auf einer Kiste und lächelt mit ihnen aus dampfender Schweiß ihr Mittagessen. — Ein schlanke weibliches Wesen mit geschneidertem, glatten, glänzendem Haar im blauen Arbeitsanzug. „Ich bin 18 Jahre alt und vor 3 Wochen aus Dresden gekommen“, sagte sie auf meine Frage. „Ich wollte mich hier immatrikulieren lassen. Wenige Tage nach meiner Ankunft kam die Währungsreform. Selbstverständlich wollte ich, daß ich danach finanziell erledigt sein würde. Zurückfahren? Aber nein! Dort habe ich nur noch eine Schwester, die selbst zu kämpfen hat. Und als ich hier durch Zufall diesen Arbeitsantrag erhielt, stand mein Entschluß fest.“

Friedlein M. macht nicht den Eindruck einer Achtzehnjährigen. In der ruhigen Bestimmtheit ihres Wesens liegt etwas Wissendes, Vielseitiges ist es Wissen um Leid. Als ich auf die Hosebauschleife aus der Zange, Schraubenschlüssel und Metermaß ragen, lacht die Studentin. „Ich hoffe, daß ich hier beim Elektrobauteil recht viel Praktisches lernen werde. Ich will nämlich Physikerin werden.“ Auf leichten Verdienstmöglichkeiten für weibliche Studierende aufmerksam gemacht, sagte sie: „Ich ziehe doch diese mir nützliche Praktikantenstellung dem Kartoffelkochen oder Einlösen in einer Konservenfabrik vor.“

Der Stundenlohn beträgt 8 Pf. Sie hofft mit 25.— DM in der Woche (trotz 13.— DM im Monat abzuscheiden). Das Wohnen im Heim der Universität kostet 11.— DM die Werkstättenverpflegung 11.— DM im Monat. „Ja, das Essen ist soweit ordentlich und auch reichlich. Aber nächsten Monat muß ich aus der Küche ausscheiden. 60.— DM ist für

Blockade, Luftbrücke und Währungskrieg

Von unserem Berliner st-Korrespondenten

Die Berliner haben sich trotz der Blockade noch lange nicht aufgegeben. Der größte Teil ihrer Stadt — mit über zwei Millionen Einwohner — ist seit dem Einbruch der Juniwoche zu einer Festung und zu einem Kessel geworden, der von viermächigen „Skymaster“ und „York“ mühsam am Leben erhalten werden muß. Nur dieser Luftbrücke ist es zu verdanken, daß die Lebensmittel in den Westsektoren geöffnet sind und es die vollen Rationen gibt. Dagegen nimmt die Krise in der Elektrizitätsversorgung trotz aller „Kohlenflüge“ von Tag zu Tag zu; der primäre Lichtstrom ist auf eine Stunde und täglich begrenzt. Straßenbahn und U-Bahn fahren in Westberlin nur nach großen Zwischenräumen und in vielen Westkassen stehen die Maschinen still. Was der Lebensmittelblockade nicht gelang, soll die Kohlenblockade schaffen: Die Stadt von unten auszubohren.

Immer wieder werden die Berliner zum Platzwechsel von Westen nach Osten aufgefordert. An Flugblättern, geschickten Straßenrednern sowie an mehr oder weniger geschickt aufgezogenen „Protestdemonstrationen“ fehlt es nicht. Auch nicht an Versprechen. Mehrmals machte die zentralisierte Wirtschaftskommission das Angebot, Berlin sofort mit allen erdenklichen Gütern der Ostzone zu beliefern, wenn die Stadtverwaltung ihre westlichen „Illusionen“ aufgeben würde. Aber selbst diese Parolen blieben ohne tiefere Wirkung. Mit der ihm eigenen Mischung von Gleichmut, Skepsis und Beharrungsvermögen fährt der Berliner fort, die so überaus kritische Lage seiner Stadt kühl und ruhig abzuwarten. Man ist hier manchmal sehr schlecht gewütet und zu dem Maitagen 1945 gewöhnt, daß sich den Kopf, Hauff im Stille, daß sich der „kalte Krieg“ eines Tages doch noch an grünen Verhandlungstischen beheben läßt, — ehe es zu spät ist.

Trotz der westlichen Einstellung der Bevölkerung wird die Währungspolitik der Westmächte zur Zeit heftig kritisiert. Ihre währungsrechtlichen Experimente in Ostmark und D-Mark in so paß zu verwenden, hat bereits zu negativen Wirkungen geführt. Da gutes Geld durch schlechtes Geld verdrängt wird, ist jedes bestrebt, die Ostmark loszuwerden und ausschließlich mit ihr zu bezahlen. Die allgemein viel zu knappe D-Mark — von der ostzonalen Presse auf Grund des B-Stempels mit „Bluffmark“ bezeichnet — wird gehortet und verschwindet von der Bildfläche. Enttäuscht müßten die Bewohner der Westsektoren bei ihren Lohnzahlungen feststellen, daß nur 25 % der Löhne in D-Mark, der Rest jedoch in Ostmark ausgehändigt wurde. Angeteilt des öffentlichen Dienstes erhielten sogar ihre

Besteile nur in Ostwährung, auch wenn sie in den Westsektoren zu Hause sind. Mißtraulich fragt man sich, ob nicht größere Bestände an D-Mark in dunkle Kanäle abfließen. Solange beide Währungen nur am schwarzen Markt und zum Kurs von zwei oder drei Ostmark für eine D-Mark gehandelt werden und jede amtliche Kursbildung und jede Devisennotiz unzulässig ist, es für einen Geschäftsmann leicht, schwarze Gewinne zu erzielen. Der Typ des Währungswindlers scheint den Schwarzhändler bereits verdrängt zu haben, der es vorzieht, auf seinen Warenwerten sitzen zu bleiben, abzuwarten und nur gegen D-Mark etwas zu verkaufen.

Als Folge dieser unklaren Währungsverhältnisse haben die Berliner bisher keine Gelegenheit gehabt, ihre Lebensmittelmittelungen durch Zusatzkäufe zu verbessern. Die Preise auf dem schwarzen Markt liegen noch immer hoch. Ein

Brot zum Beispiel kostet — wie vor der Währung — 25 Ostmark oder 7 D-Mark. Die Packung amerikanischer Zigaretten wechselt zwischen 10 und 15 D-Mark; die „Stella“ wird das Stück für 1,30 Ostmark oder 2,50 D-Mark gehandelt. In den Lokalen kostet die Tumbalemappe noch immer 1.— bis 1,50 Ostmark und die unverändert geliebten Theater- und Kinoprogramme in den Westsektoren in D-Mark will niemand bezahlen. Vergänglich hat der Magistrat an Handel und Industrie appelliert, sofort Preisankern vorzunehmen. Seine Anordnungen werden oft mit mißfälligem Lächeln abgetan. Heute ist jeder sein eigener Magistrat“, sagt man zu den Anordnungen der Stadtverwaltung, die gemeinlich neben den Befehlen des zuständigen Sektorenkommandanten und den Anweisungen der einzelnen Bezirksämter angehängt sind. Täglicher Leuzstoff für eine gute Stunde! —

Württemberg-badische Verbundenheit

Von Dr. Wolfgang Hausmann, MdL.

hectogium Baden nichts anderes als das Geschenk einer Laune Napoleons! Es wäre freilich trübsal, wollte man diesen historischen Staatsbildungen jede geographische Begründung absprechen. Das Land am Oberrhein, das Land zwischen Schwarzwald und Schwäbischer Alb, das sind Kernlandschaften, die einen ausgeprägten eigenen Charakter besitzen. Aus diesem Kernlandschaften sind Baden und Württemberg erwachsen. Aber wenn sie auch durch die Wasserscheide des Schwarzwaldes getrennt wurden, sind sie nicht südlich und nördlich davon durch den Bodensee und die Neckartal auf das engste verbunden! Die Wasserstraße des Neckarkanales ist die Lebensader der nordbadischen wie der nord-württembergischen Wirtschaft geworden.

Es sind weniger die Interessen von Baden und Württemberg, die sich vielfach da und dort entgegenstehen, als diejenigen von Karlsruhe und Stuttgart. Als Stuttgarter und Württemberger glaube ich im Namen aller meiner engsten Landsleute zu sprechen, wenn ich sage, daß wir Schwaben wohl manchmal eine etwas hemdärmelige Grobheit an dem Tag legen, daß man auch bei uns manchmal einen robusten Egoismus finden kann, daß uns aber jeglicher expansionistische Imperialismus völlig fremd ist. Wir träumen nicht von einem großschwäbischen Reich! Da die einen ebenso erhdlich an ihrem badischen Namen hängen wie die anderen an ihrem württembergischen, ein gemeinsamer Name nicht da ist und nicht erfunden werden kann, werden wir wohl oder übel unseren Staat Württemberg-Baden nennen müssen. Das erinnert zwar an Oesterreich-Ungarn und all die besonderen Schwierigkeiten eines ständigen Ausgleiches zwischen den beiden Hälften eines solcherart zusammengestrichen Staatsgebildes, aber es ist der einzige Weg, allen berechtigten Forderungen gerecht zu werden.

Wir sind auf diesem Weg auch schon ein gutes Stück vorwärtsgekommen. Der Landesbundespräsident von Neubaden, Dr. Heinrich Köhler, ist gleichzeitig als stellvertretender Ministerpräsident und Finanzminister eine der wichtigsten und einflussreichsten Persönlichkeiten der württembergisch-badischen Gesamtregierung. Der frühere Oberbürgermeister von Karlsruhe, Dr. Veit, steht heute als württembergisch-badischer Wirtschaftsminister ebenso an entscheidender Stelle. Die Wiedervereinigung mit unseren abgetrennten südlichen Landesteilen wird unsere gesamte Landespolitik auf eine neue Ebene heben. Wir wollen hoffen, daß sich dann auch die Vereinigung von Württemberg und Baden im Geiste gegenseitiger Verständlichkeit und aufrichtiger Zusammenarbeit vollziehen läßt. Wir sind bereit, dazu beizutragen, was in unseren Kräften steht.

Deutschland-Rundschau

VERSINTE WESTZONEN:

KARLSRUHE. Die badische Landesparlament wurde vom Ministerpräsident Dr. Meier als Tagungsort für den parlamentarischen Rat vorgeschlagen. — STUTTGART. Amerikanischer Generalkonsul in Stuttgart tritt auf der Fahrt von Konstanz am Montagmittag einen Herzschlag, der den sofortigen Tod zur Folge hatte. / KPD Württemberg-Baden vertritt die Durchführung der von ihr vorgeschlagenen Volksbefragung über die Einheit Deutschlands und eines gerechten Friedens. — MÜNCHEN. Aus ganz Bayern liegen Meldungen über Fälle von spinärer Kinderlähmung vor. / Großes Amerika-Feuer der US-Zone im ehemaligen „Pflanzhaus“ eröffnet / Münchner Metzger demonstrieren am Dienstag vor dem Bayerischen Ernährungsministerium, um die weitere Freigabe von Fleisch zu erreichen / Münchner Medizinalbeamten arbeiten während der Sommerferien als Famuli in Krankenhäusern. — ERLANGEN. Der Stadtrat erbat Einspruch gegen die geplante Errichtung einer vierten bayerischen Universität in Regensburg bei Bamberg. — FRANKFURT. Die Generalis Clay und Robertson werden am Donnerstag zu ihrer monatlichen Konferenz mit dem Zweifachtsch-

tollant Innenminister / KPD der Westzone stimmt am 16. Juli 1948 mit dem Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen über die Einsetzung des Landespräsidenten der CDU-CSU der drei Westzonen treffen am 12. Juli in Köln in Bonn zu einer Konferenz zusammen.

FRANZÖSISCHE ZONE:

STRASBURG. Südwestdeutsches Kabinett trat bei Sitzung zu einer Sitzung zusammen, um über die Neubildung eines Staates im Südwesten Deutschlands heranzuführen. — NEUSTADT-HEARDT. Der französische Gouverneur der Pfalz hat bei Sitzung am 11. Juli gegenwärtig Nationalratsmitglied (11. Juli) angekündigt, die Wehrkraft der im Lager Dachen Internierten auf hohes Maß zu setzen.

WIEZONENSTADT BERLIN:

BERLIN. Die Arbeiten zum Ausbau einer vergrößerten und verkehrlichen Stadt- und Landebahn auf dem Flughafen Tempelhof werden in Kürze abgeschlossen sein, um die Vergrößerung und volle Ausnutzung der Luftkapazität größere Transportleistungen zu ermöglichen. / Deutsche kanadische amerikanische Mediziner sind am 12. Juli in Berlin eingetroffen. (Alle Nachrichten: DENA.)

AM RANDE DER ZEIT... UND DER ZEITUNG

Berliner, die Besitzer der „Tapezenmark“ sind, befinden sich auf der Jagd nach gutem Leim, da die auf das Geld geklebten Wertmarken sich leicht ablösen. — Auch durch guten Leim wird schlechtes Geld nicht besser werden. — Russische Heeresfliegermädchen in Berlin wurden davon gewarnt, ihre Kieker in der „kapitalistischen Länge“ zu tragen. — Was sagt die Proletarierfrau zu Diktator der Mode? — Vor den Filialen der Touze GmbH in Leipzig stehen nach der Durchführung der Währungsreform täglich Hunderte von Menschen, um sich dort deutsche und russische Zigaretten für 50 Pfennig zu kaufen. Fünf Vollpolizisten regeln den Verkauf. — Keine 100 Meter vom Hauptgeschäft entfernt ist die großangelegte Ausstellung des Polizeipräsidenten. — Der Kampf gegen den Schwarzmarkt ist zu bewundern. — In Dortmund verließ ein Holländer fluchtartig die Straßenbahn und ließ seinen Koffer mit 50 Pfund Bohnenkaffee zurück, als ein „Uniformierter“ sich zu Kontrollen anschickte. — Der Holländer hatte den Straßenbahn-Kontrollleur für einen Polizisten gehalten. — Zwei fluchte der Kraftwagenführer, als das auf seinem Wagen lagende Stroh ausgerichtet in der Stadtmittte Jülichs Feuer fing; seine Schimpfkanone steuerte sich noch, als die Feuerwerk die Ladung reifen wollte. — Kleinlaut wurde er erst, als man in dem brennenden Stroh ein fettes Schwein entdeckte. — An den Abspannstationen der Straßenbahn über der bisherigen Schwarzmarktzentrale der Stadt Velbert wurde über Nacht ein schlechtes, sauber gemaltes Holzschiff mit folgender Aufschrift angebracht: „Treffpunkt der Schieber, Eckensteher, Schwarzhändler und Späher.“ — Von dieser Stunde an war hier kein einziger Vertreter dieser „Berufsgruppe“ mehr zu sehen. — In einer Belegschaftsversammlung eines Werkes in der Nähe von Düsseldorf wurde mitgeteilt, daß die Belegschaft jedem Belegschaftsmitglied bei seinem Ableben einen Betrag zur Verfügung stellen will. — Musterbeispiel 1948! —

In den Kaufbetrieben von Ludwigshafen und Mainz wurden bewirtschaftete Waren zum Verkauf angeboten. Die hierzu notwendigen Bezugseine waren direkt an der Kasse zu haben. — Warum hat man nicht schon früher dieses praktische Wirtschaftsmittel eingeführt? — Ein Kuriosum der Währungsreform ist die Tatsache, daß in den letzten Wochen zahlreiche Landbewohner aus der näheren Umgebung von München in die Stadt erschienen, um bei ihren alten Stammmatern gehörte Weizen, wie Domestriepflanze, Schube, Wöschegemüse, Rodiooparotte, Molardrübe, Schreibschindeln und andere Gegenstände gegen D-Mark anzubieten. — Tempora mutantur! — Bayerns Hauptstadt, in der die Bayernpöbel einen großen Wanstig feiern konnte, wählte im Rahmen der Presseausstellung seine Schönheitskönigin. Es stellte sich aber heraus, daß die Königin eine wöchentliche Prädik aus Berlin ist. — Kein Wunder, daß Dr. Fischbacher, der Urheber der Bayernpöbel, sich aus der Politik zurückziehen will. —

Das südbadische Ministerium für Landwirtschaft und Ernährung hat mit sofortiger Wirkung uniformierte Kontrollbeamte eingesetzt. Die Uniform ist blau, auf dem linken Ärmel prunkt das in zwei Farben angelegte badische Wappen. — Jetzt kann es unmöglich fehlen! —

Vor dem Kriege gab es in Frankreich 700 Porzellanhersteller. Heute sind es über 2000. — Trotz aller Fortschritte aus Frankreich ist der Brandgeruch in Europa doch immer noch stark. — Ein Historiker hat festgestellt, daß in 1500 Jahren über 3000 „ewige Friedensverträge“ geschlossen wurden. Es hat aber nur 170 reine Friedensjahre in diesem Zeitraum gegeben. — Es müßte also auch anderswo über uns noch kriegerische Völker (gelbes Heben) —

Nach Meldungen von DENA, UP, AFP, PRD u. Entlang zusammengefaßt von Inoanna

phen im heutigen Deutschland. Außerdem liegen bereits viele Vertragsmeldungen aus dem Ausland vor. (Sch.)

Kultur-Nachrichten

München. Hans Rothand, der seit Kriegsende Dirigent des Münchener Philharmonischen Orchesters war, hat ein Angebot als Chefdirigent des großen Orchesters des Südwestbundes in Baden-Baden angenommen. Der neue Vertrag beginnt am 1. Oktober und verpflichtet Rothand auf mehrere Jahre.

Konstanz. Heinz Hilpert, der neue Intendant des Konstanzer Stadttheaters, wird voraussichtlich am 29. August mit Shakespeare „Wie es Euch gefällt“ die Spielzeit 1948/49 eröffnen. (DENA.)

Konstanz. 25 Prozent der Schauspieler des Konstanzer Stadttheaters wurden im Zusammenhang mit der Übernahme der Intendanz durch Heinz Hilpert gekündigt. Bis zum Beginn der neuen Spielzeit haben die meisten Mitglieder des Stadttheaters beschlossen, Vorstellungen auf kollektiver Grundlage zu geben, um sich unter den gegenwärtigen Geldverhältnissen eine finanzielle Grundlage zu schaffen. (WB.)

Köln. Anlaßlich der 700-Jahrfeier der Grundsteinlegung des Kölner Doms am 12. August, werden die Kölner Pfaffen auf kirchlichem Grundbesitz eine Siedlungsliste anlegen. Die Feyer soll zu einem Sinnbild der Einheit des christlichen Abendlandes werden. Zahlreiche ausländische Kirchenfürsten haben bereits ihre Teilnahme zugesagt. (DENA.)

London. John B. Priestley, Pauline Johnson-Curie, Louis Aragon, Pablo Picasso und andere hervorragende Vertreter der Kultur und Geisteswissenschaften werden einer Meldung von Radio Warschau zufolge, Ende August an dem internationalen Kongress der Geisteswissenschaftler in Breslau teilnehmen. (DENA.)

Philosophen-Kongress in Mainz

Der diesjährige Philosophen-Kongress, veranstaltet und einberufen von ständigen Kuratoren des Kongresses, das deutsche Philosophen aller vier Besatzungszonen bilden (Professor Dr. v. Rintelen, Mainz; Professor Dr. Hartmann, Göttingen; Professor Dr. Lersch, München; Professor Dr. Menzer, Halle), findet vom 1. bis 8. August in Mainz statt. Die bisherige Liste der Vorträge nennt in den Sachgebieten Kulturphilosophie, Metaphysik und Ontologie, Philosophie Max Scheler, Rechts-, Religions- und Geschichtsphilosophie, Logik, Erkenntnistheorie und Philosophie der Geschichte — die Namen aller bedeutenden Philoso-

Mittwoch, den 14. Juli 1948

Die Eule

War in der Antike ein der Göttin Athene... der Schirmherrin von Kunst und Wissenschaft... heutiges Tier und gilt bis zum heutigen Tag als Sinnbild der Weisheit...

Nachdem die Eulen des Karlsruher Stadtparks... zusammen mit dem gesamten Tierbestand unseres Zoos den Kriegsauswirkungen zum Opfer gefallen waren...

Nun ist in Karlsruhe eine zweite „Nachkriegs-Eule“ zum Leben erwacht... Eine Buchgemeinschaft, die sich dieses Symbol zum Namen erwählt hat...

Die Mitglieder der Gemeinschaft zahlen monatlich einen in drei Preistufen festgesetzten, verhältnismäßig geringen Betrag... und erhalten dafür in jedem Vierteljahr ein Buch in guter Ausführung...

Rabenmutter auf der Anklagebank

Die Strafkammer unter Vorsitz von Landgerichtsrat Dr. Ernst hat sich mit einem Fall zu befassen, der ein seltener Umwandlungs- und Verwerfungsfall kaum mehr zu überbieten sein dürfte...

Auf der Anklagebank saß aber nur die wegen des geflügelten Deliktes bereits einschlägig vorbestrafte 42-jährige „Mutter“ Elise Joss, denn der Haupttäter und Anstifter Karl Joss starb vor 14 Tagen...

Währungsreform und Lastenausgleich

Forderungen der Fliegergeschädigten, Sparer und Vertriebenen

Der Bund der Fliegergeschädigten und Sparer veranstaltete unter der Leitung seines Karlsruher Geschäftsführers Pilsaumer am Sonntagvormittag im überfüllten Konzerthaus eine Kundgebung...

Der Präsident des Bundes, Landtagsabgeordneter Bauer, erkannte in seinen Ausführungen die zwingende wirtschaftliche Notwendigkeit der Währungsreform an...

Der Redner stellte folgende Forderungen zur Lösung dieser dem ganzen Volk obliegenden Aufgabe auf: Beseitigung der Anrechnung der Kopfquote für alle Kriegsgeschädigten und kleinen Sparer...

gen durch die Allgemeinheit werde die Bewährungsprobe des demokratischen Staates sein... Finanzminister a. D. Dr. Mattes erläuterte anschließend den von ihm im Auftrag des Bundes ausgearbeiteten Entwurf eines Lastenausgleichsgesetzes...

Zuletzt sprach Oberregierungsrat Werber und erkannte namens des Grund- und Hausbesitzervereins die Verpflichtung zur Leistung einer Abgabe für die nicht geschädigten Grund- und Hausbesitzer an...

Einer der sechzehn Henker von Gomet

Zehn Jahre Arbeitslager für ehemaligen Gestapobeamten

Nachdem sich die Spruchkammern drei Jahre lang der nicht gerade dankbaren Aufgabe gegenüber gestellt haben, über eine Unzahl mehr oder weniger nominal belasteter Nazis...

Zunächst mag dem ehemaligen Vierparteiengenossen Wilhelm Förster die Entnazifizierung als recht harmlose Angelegenheit erscheinen sein...

Wiederholt waren die 18 Angehörigen der berüchtigten Einsatzgruppe Sonthofen oder Schmalz, die von 1941 an tausende von Juden, Polen und Russen auf bestialische Weise ermordete im Warschauer Ghetto...

Aus dem Tagebuch der Fächerstadt

Unfälle. In der Nacht stürzte ein 66-jähriger Mann in angetrunkenem Zustand in der Kaiserstraße über die Absperrung einer Hausraube in den Keller...

Aufhebung der Außenstelle Mannheim des Landeswirtschaftsamt Karlsruhe. Angesichts der Einschränkung der Zwangsbeschäftigung und aus Ersparnisgründen hat sich der Präsident des Landesbezirks Baden veranlaßt gesehen...

Die „Badische Heimathilfe in Amerika“ hat in anerkennenswerter Weise auch an die Städt. Krankenanstalten der Stadtverwaltung Karlsruhe gedacht...

Die öffentliche Klüger bezeichnete Förster, aus dessen Auge der von Hitler verlangte „freie Blick des Raubtiers“ blitze...

Die Kammer schloß sich dem Antrag in vollem Umfang an und überstellte Förster zur Einleitung eines Strafverfahrens wegen Mordes an die Kriminalpolizei...

Die Angehörigen oder Bekannten nachsehender Personen wollen sich beim Suchdienst vom Roten Kreuz, Herrenstraße 28, melden: Blum, Karl, O. Feldw., etwa 37 Jahre alt, verh., letzte PPNr. 422397, Heimat: Karlsruhe...

Frankie (Vornamen unbekannt), 38 bis 40 J., Karlsruhe- oder Bronschal-Umgebung; Gamminger, Eugen, ledig, Kaufmann, Karlsruhe; Griebel, Gottfried, Karlsruhe; Held, Karl, Bäckermeister, Karlsruhe; Herold, Walter, Lokomotivführer, Vater war ebenfalls Lok.-Führer...

Rettet Berlin! Wohl nahezu 2000 Karlsruher bekundeten am vergangenen Montag durch die Anwesenheit bei der SPD-Kundgebung unter dem Motto: „Rettet Berlin!“ im Konzerthaus...

Suchdienst des Roten Kreuzes. Uffz. etwa 37 J., verh., vermutlich Kaufmann, letzte Einh. 2 A-R. H. Fd-Nr. 62 988 C, Karlsruhe; Schwelke, Anton, Jahrgang 1899, Fernkraftfahrer, Karlsruhe.

Rettet Berlin! Wohl nahezu 2000 Karlsruher bekundeten am vergangenen Montag durch die Anwesenheit bei der SPD-Kundgebung unter dem Motto: „Rettet Berlin!“ im Konzerthaus...

Nach dem Dank an die Bevölkerung Westdeutschlands für die bis jetzt gezeigte Hilfsbereitschaft, schilderte der Generalsekretär der SPD Großberlin Ernst Sanderhauf in seinem Referat an Hand vieler Einzelheiten die ungemessenen Schwierigkeiten der heute völlig blockierten Stadt...

Anstellung der Fräncfachsule. Die Städt. Fräncfachsule mit angegliedertem Kindergärtnerinnenausbildung legt durch eine kleine Ausstellung im Stadtschulamt Zeugnis für ihre und ihrer Schülerinnen Leistung ab...

Noch leicht unbestimmt, etwas wärmer. Vorhersage des Amtes für Wetterdienst Karlsruhe, gültig bis Donnerstagabend: Am Mittwoch und Donnerstag wechselnd, zeitweise stärker bewölkt mit einzelnen schauerartigen Regenfällen...

Karlsruher Kultur Nachrichten. Konzerte der Musikhochschule. Während das für 17. Juli geplante III. Hochschulkonzert infolge der Auswirkungen der Währungsreform auf den November dieses Jahres verlegt werden mußte...

Einer der sechzehn Henker von Gomet

Zehn Jahre Arbeitslager für ehemaligen Gestapobeamten

Nachdem sich die Spruchkammern drei Jahre lang der nicht gerade dankbaren Aufgabe gegenüber gestellt haben, über eine Unzahl mehr oder weniger nominal belasteter Nazis, die vom Gesetz geforderten Söhnen zu verhängen, mehrten sich in den letzten Wochen und Monaten jene Fälle, in denen nominal kaum Belasteter für individuelle im Namen des Nazistates begangene Verbrechen zur Verantwortung gezogen wurden...

In Anbetracht dieser Scheußlichkeit erschien das ausgesprochene Urteil von 10 Monaten Gefängnis mehr als angebracht, denn wenn sich eine Mutter gegen ihr leibliches Kind erart verhält, oder zusehen kann, wie es von einem Unmenschen gemartert wird, muß als die ganze Schärfe des Gesetzes treffen. H.

Ausstellung der Pfälzischen Sezession

In Anwesenheit von Oberbürgermeister Töpper, des Direktors der Akademie für bildende Künste, Dr. Gehrig, des Vorsitzenden der Pfälzischen Sezession, Rolf Müller, und anderer Gäste wurde am vergangenen Sonntag in den Räumen des Kunstvereins eine Ausstellung der Pfälzischen Sezession eröffnet...

Die Schma selbst ist trotz der Mannigfaltigkeit von Ausdrucksformen und formgebenden Tendenzen überaus einheitlich geblieben, was erhellend über Form und Inhalt zeigt sich am jene im erweiterten Sinne oft und überall gebräuchlichen ständbildenden Stillelemente wie Impressionismus, Expressionismus handeln...

Karlsruher Kultur Nachrichten

Konzerte der Musikhochschule. Während das für 17. Juli geplante III. Hochschulkonzert infolge der Auswirkungen der Währungsreform auf den November dieses Jahres verlegt werden mußte, finden die beiden Konzerte am heutigen und am kommenden Freitagabend jeweils um 19.30 Uhr, in der Musikhochschule, Johannisstraße 8, statt...

Die Plastik ist — wenn auch nur in geringem Umfang — ebenfalls recht glücklich vertreten, so am augenfälligsten mit Professor Theo Siegler „Kauernder Figur“, Professor Hermann Gaibals „Frauenkopf“ und Fritz Schwarzbücks „Knabenporträt“.

Badischer Kunstverein

Ausstellung der Pfälzischen Sezession

In Anwesenheit von Oberbürgermeister Töpper, des Direktors der Akademie für bildende Künste, Dr. Gehrig, des Vorsitzenden der Pfälzischen Sezession, Rolf Müller, und anderer Gäste wurde am vergangenen Sonntag in den Räumen des Kunstvereins eine Ausstellung der Pfälzischen Sezession eröffnet...

